

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 3–2005

RECHT AUF NAHRUNG

Schwerpunktredaktion:
Ralf Leonhard

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Editorial

- 7 SOPHIA MURPHY
Food Security: What Is It and How Can Governments
and Communities Achieve It?

- 20 ROLF KÜNNEMANN
Rahmengesetzgebung zum Menschenrecht auf Nahrung –
Vorschläge und Kriterien für die weltweite Durchsetzung des
Rechts auf Nahrung

- 44 ULLA EBNER
Vom göttlichen Korn zur kommerziellen Handelsware
Die Kommodifizierung von Reissaatgut am Beispiel Philippinen

- 65 CHARLES WALAGA and MICHAEL HAUSER
Achieving household food security through organic agriculture?
Lessons from Uganda.

- 85 DEVINDER SHARMA
Challenges before Indian Agriculture
Agriculture, Food Security and Hunger

- 111 Rezension
- 114 Autorinnen und Autoren

Editorial

Die Beseitigung von extremer Armut und Hunger ist das erste und wichtigste der acht sogenannten Millenniumsziele, die sich fast alle Staaten der Welt im Rahmen der Vereinten Nationen zu eigen gemacht haben. Ein hehres Ziel, an dem die Staatengemeinschaft schon wiederholt gescheitert ist. In wohl realistischer Einschätzung der politischen Möglichkeiten nahm man sich vor, bis zum Jahr 2015 die Anzahl der hungernden Menschen auf die Hälfte zu reduzieren. Dass es um die politische, nicht die technische Machbarkeit geht, belegen die Statistiken der FAO. Die Welt produziert derzeit mehr als genug Nahrung, um ihre etwas mehr als sechs Milliarden BewohnerInnen zu ernähren. Trotzdem hungern rund 840 Millionen Menschen und werden dadurch zu lebendigen Toten, deren Gehirnleistung auf Dauer geschädigt wird, die vielleicht ihr Augenlicht verlieren oder die mangels ausreichender Abwehrkräfte vorzeitig an heilbaren Krankheiten sterben. Das ist ein Skandal. Hunger ist ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Umverteilung ist nicht nur auf globaler Ebene notwendig, sondern auch in vielen Staaten. Wie ist es zu rechtfertigen, dass etwa in den USA, einem Land, das nicht nur militärisch, sondern auch beim Export von Weizen, Mais und Soja eine Supermacht ist, 18 Prozent der Kinder und elf Prozent der Gesamtbevölkerung an Hunger leiden oder hungergefährdet sind? Warum kommen die enormen Getreidevorräte Indiens oft nicht bei den von Dürre, Hochwasser oder anderen Naturkatastrophen betroffenen Regionen an? Warum werden in Brasilien täglich Tausende Tonnen von Lebensmitteln vernichtet während hunderttausende Landlose nicht die Möglichkeit haben, selbst für ihre Ernährung zu sorgen?

Traditionell wurde das Problem von Hunger und Armut mit einer karitativen Einstellung angegangen: Diejenigen, denen es besser geht, seien moralisch verpflichtet, den Unglücklichen zu helfen. In den letzten Jahren beginnt sich aber – zumindest auf ExpertInnenebene – zunehmend die menschenrechtliche Betrachtungsweise durchzusetzen. Freiheit von Hunger ist ein Menschenrecht und jeder Staat für sich wie auch die Staatengemeinschaft als Kollektiv ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass niemand Hunger leiden muss. Wie weit das Völkerrecht auf diesem Gebiet bereits entwickelt ist, zeigt Rolf Künemann in seinem Aufsatz über die Rahmengesetzgebung zum Recht auf Nahrung auf. Künemann hat als Stratege von FIAN selbst viel zu dieser Entwicklung beigetragen. Allerdings sind die Nationalstaaten säumig, wenn es darum geht, das nationale Recht den internationalen Standards anzupassen. Die Fähigkeit, die

eigene Bevölkerung zu ernähren ist nicht unbedingt Voraussetzung für die Erfüllung des Rechts auf Nahrung. Denn während in vielen Agrarstaaten Menschen hungern sind reiche Stadtstaaten jederzeit in der Lage, genügend Nahrungsmittel zu importieren. Trotzdem sind die meisten Staaten gut beraten, die Produktion von Grundnahrungsmitteln nicht zugunsten von Exportmonokulturen aufzugeben. Diese sind nicht nur den Kapricen des Weltmarktes, sondern auch Schädlingen besonders ausgeliefert. Mit den Konzepten von Ernährungssicherheit und Nahrungssouveränität beschäftigt sich Sophia Murphy in ihrem Beitrag. Dabei kommt auch sie zu dem Schluss, dass Ernährungssicherheit letzten Endes davon abhängt, inwieweit jede/r einzelne einen durchsetzbaren Anspruch hat.

In Afrika und Asien ist der Hunger immer noch endemisch. Am Beispiel von Uganda versuchen Charles Walaga und Michael Hauser zu zeigen, wie durch das Abgehen von industrieller Agrarproduktion und der Hinwendung zu organischer Landwirtschaft die Ernährungssicherheit der Bevölkerung verbessert werden kann. Für die Autoren ist erwiesen, dass die so genannte Grüne Revolution, die traditionelle Produktionssysteme zugunsten des Einsatzes von Kunstdünger und hybriden Hochleistungssaaten verdrängte, gescheitert ist. Die Zukunft liegt für sie in der organischen Produktionsweise. Doch für afrikanische Kleinbäuerinnen und -bauern ist auch die Rückkehr zu bewährten Methoden mit Kosten und Risiken verbunden. Um die Auswirkungen der Grünen Revolution geht es auch im Beitrag von Ulla Ebner über den Reis als Hauptnahrungsmittel und Symbol kultureller Identität in Ostasien, speziell auf den Philippinen. Sie zeichnet nach, wie geostrategische Interessen der USA und der Agrarkonzerne die Landwirtschaftspolitik auf dem Archipel bestimmt haben. Auch wenn viele Bäuerinnen und Bauern längst die Schattenseiten der potenten Saaten kennen gelernt haben sind sie oft nicht imstande, sich auf alternative Anbauweisen einzulassen. Und die mit den althergebrachten Methoden verbundenen identitätsstiftenden Traditionen sind meist verloren gegangen. Devinder Sharma spricht von einer ökologischen Krise, die in Indien durch die Industrialisierung der Landwirtschaft ausgelöst wurde. In den Bundesstaaten, die die größten Zuwächse verzeichnen konnten, nimmt die Produktivität der Felder bereits dramatisch ab, weil die Hochleistungssorten das Grundwasser absaugen. Überschuldete Bäuerinnen und Bauern machen in ihrer Verzweiflung mit den Giften, von denen ihre Kulturen abhängig geworden sind, ihrem eigenen Leben ein Ende. Die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion wird also auch in Indien zur größten Herausforderung.

Allen Beiträgen ist die Kritik an der industriellen Landwirtschaft und der Konzentration der Ressourcen in den Händen der Konzerne gemeinsam. Sie

zeigen aber auch, wie unter kulturell und klimatisch verschiedenen Bedingungen unterschiedliche Lösungen gesucht werden. Überall gilt es, die Rolle der Frauen, denen bei der Nahrungsbeschaffung meist die zentrale Rolle zukommt, auch rechtlich zu stärken.

RALF LEONHARD